



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Das Vorspiel, 1911, die Einigung, 1912

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

1. Kapitel: Die Potsdamer Zusammenkunft

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79744](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79744)

I. Kapitel
Die Potsdamer Zusammenkunft

1874
Dr. Friedrich Ziemer

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Telegramm Paris, den 27. Dezember/9. Januar 1910/11

Da in der hiesigen Presse immer wieder Gerüchte auftauchen, die sich auf angebliche Folgen der Potsdamer Zusammenkunft beziehen, hat Pichon sich entschlossen, seine Rede im Parlament nicht länger aufzuschieben. Er wird die Beziehungen Frankreichs zu allen Mächten berühren, vor allem aber will er die Unerschütterlichkeit des franko-russischen Bündnisses betonen, ebenso das volle Zutrauen zu unserer Politik und die Befriedigung, mit der Frankreich den Umstand begrüßen würde, wenn der Möglichkeit von Reibungen zwischen Rußland und Deutschland vorgebeugt würde. Pichon ist überzeugt, daß er auf diese Weise die erwähnten Gerüchte widerlegen können.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 2 Paris, den 5./18. Januar 1911

In einer der ersten Sitzungen, die nach der Wiedereröffnung der französischen Deputiertenkammer stattfanden, benutzte H. Pichon die Diskussion über das Budget des Ministeriums des Äußeren zu einer ausgedehnten Rede, deren Hauptzweck es war, den unerwünschten Kommentaren, die seit der Potsdamer Zusammenkunft nicht aufhören wollten, ein Ende zu machen.

Der Minister des Äußeren begann damit, auf die von Frankreich im Laufe des letzten Jahres in Marokko erzielten Erfolge hinzuweisen, wo, nach seinen Worten, die französischen kulturellen Unternehmungen bei strengster Berücksichtigung der Rechte der anderen Mächte und in vollem Einvernehmen mit dem Maghzen unaufhörliche Fortschritte machen. Bei dieser Gelegenheit dementierte der Minister

die in Deutschland entstandenen Gerüchte hinsichtlich des Erscheinens eines französischen Kriegsschiffes vor Agadir, indem er darauf hinwies, daß es für Frankreich auch im Interesse aller Mächte notwendig sei, den Waffenschmuggel an der ganzen Küste Marokkos zu bekämpfen, und indem er erklärte, daß die französische Regierung allen Plänen, die den von ihr übernommenen Verpflichtungen zuwiderliefen, fernstehe.

Indem er zu den allgemeinen Fragen der Politik überging, wandte sich Pichon vor allem zu den Beziehungen Frankreichs zu Italien und der Türkei. Nachdem er die vollständige Übereinstimmung der Ansichten zwischen den Kabinetten von Paris und Rom in allen Angelegenheiten, wo sie miteinander in Berührung kommen, unterstrichen hatte, verbreitete er sich ausführlicher über die Lage, die durch den Mißerfolg, den die türkische Anleihe vor kurzem an der hiesigen Börse erlitten hat, geschaffen worden ist. Der Minister berief sich auf Frankreichs Pflicht, die im Ausland investierten Ersparnisse seiner Bürger sicherzustellen, und führte ausschließlich auf diese Erwägungen die Bedingungen zurück, die die französische Regierung trotz aller Zuvorkommenheit und Sympathie, die sie dem neuen Regime im Ottomanischen Reiche entgegenbringt, den Türken aufzuerlegen gezwungen war.

Um die Tatsache zu bekräftigen, daß die führenden Kreise Konstantinopels ihrerseits nicht an der wohlwollenden Stellungnahme Frankreichs ihnen gegenüber zweifeln, führte H. Pichon entsprechende Erklärungen an, die die führenden Minister der Türkei in dieser Angelegenheit letzthin abgegeben haben. Was Kreta anbetrifft, so wird in der Rede mit einigen Worten festgestellt, daß die eingetretene Änderung des ottomanischen Regimes nicht umhin konnte, Wirkungen auf die Angelegenheiten Kretas auszuüben, und der Minister äußerte zu diesem Punkte sein Bedauern darüber, daß die Bevölkerung der Insel die Schutzmächte gezwungen habe, Maßnahmen zu ergreifen, die sie lieber vermieden hätten. Pichon widmete der innigen Freundschaft, die Frankreich und England verbindet, besonders warme Worte und nannte diese Freundschaft eine der wertvollsten Errungenschaften während der letzten sechs Jahre.

Bei Erwähnung Österreichs beschränkte sich der Minister darauf, zu erklären, daß seine Interessen denen Frankreichs nicht entgegengesetzt seien, daß aber die wechselseitigen Beziehungen der erwähnten Staaten in genauerer Form durch den Geist der von jedem von ihnen im einzelnen abgeschlossenen Verträge und Abkommen bestimmt seien. So ist, fügte er hinzu, in der Frage von Bosnien und der Herzegowina die Regierung stets Hand in Hand mit Rußland und England vorgegangen. Die erstere dieser Mächte sah die Anwendung von Gewalt zur Lösung der entstandenen Divergenzen nicht als unvermeidbar an, und Frankreich hatte keine Ursache, sich dieser An-

sicht nicht anzuschließen; nichtsdestoweniger hat sich Rußland unter den erwähnten Umständen von der unerschütterlichen Treue seines Bundesgenossen voll überzeugen können.

Diese letzten Worte veranlaßten H. Pichon, ganz zwanglos zu dem Hauptpunkte seiner Rede überzugehen, und mit erhobener Stimme verkündete er mit Nachdruck die Unantastbarkeit und Vitalität des französisch-russischen Bündnisses, das, bar aller aggressiven Ziele, ausschließlich auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens gerichtet sei. Indem er sich gegen diejenigen wandte, die im Hinblick auf die Potsdamer Zusammenkunft Unruhe zeigten, berief sich der Redner auf die Ausführungen des deutschen Kanzlers im Reichstage, um ihnen neue Beweise dafür zu entnehmen, daß den letzten deutsch-russischen Besprechungen auch die geringste Bedrohung der franko-russischen Interessen fehlte. Nach der tiefen Überzeugung des Ministers kann Frankreich das in Potsdam zutage getretene Einverständnis der beiden Kaiserlichen Regierungen bezüglich der wünschenswerten Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel nur begrüßen. Was die Vereinbarung über die persischen Eisenbahnen anbelangt, so nähert sie sich ihrem Wesen nach stark derjenigen, die seinerzeit Frankreich selbst mit Deutschland bezüglich der marokkanischen Angelegenheiten getroffen hat, und deshalb betrachtet der Minister diese Vereinbarung als ein glückliches Ereignis, das die schon vorhandenen Abmachungen hinsichtlich Persiens zwischen Rußland und England äußerst günstig ergänzt.

Auf die an dieser Stelle eingeworfene Frage des H. Jaurès, ob die französische Regierung davon unterrichtet gewesen sei, daß das Petersburger Kabinett in Potsdam die Frage der Bagdadbahn zu erörtern beabsichtige, erklärte H. Pichon, daß die Behandlung dieser Frage im Laufe der erwähnten Zusammenkunft ihm nicht unerwartet gekommen sei. Er betonte nochmals die Festigkeit der Bande, die die beiden Alliierten verknüpfen, und erinnerte mit ehrerbietiger Dankbarkeit an die allergnädigsten Beweise hohen Wohlwollens, die unser erhabener Monarch Frankreich und dem französischen Volke bei jeder geeigneten Gelegenheit immer wieder zu zeigen geruht habe. Diese Worte wurden von der Kammer mit Beifallssturm aufgenommen.

Zusammenfassend erwähnte der Minister des Äußeren, nachdem er den Vorwurf der Isolierung Frankreichs zurückgewiesen hatte, eine ganze Reihe von Abkommen, die Frankreich im Laufe der letzten Jahre in Ergänzung seines Bündnisses mit Rußland, das die Grundlage für seine internationalen Beziehungen bildet, geschlossen hat. Nachdem er die Absicht ausgesprochen hatte, diese Abkommen in Zukunft noch weiter zu entwickeln, bemerkte H. Pichon, daß es unzulässig sei, die Unstimmigkeiten, unter denen die innere Politik leidet, auf das Gebiet der äußeren Politik zu übertragen, und nachdem

er daran erinnert hatte, daß sich die Diplomatie, um ihre Aufgabe erfolgreich zu lösen, auf eine ausreichende Militärmacht stützen müsse, schloß er seine Rede mit einem Appell an den Patriotismus der Vertreter der Nation zum Zweck der Verstärkung der militärischen Macht Frankreichs. Ich halte es für meine Pflicht, Eurer Exzellenz einen Zeitungsausschnitt zu übersenden, der den vollständigen Wortlaut der Rede des französischen Außenministers enthält.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 3

Paris, den 5./18. Januar 1911

Es ist notwendig, aus der Zahl der Reden, die gelegentlich der Aussprache über das Budget des Ministeriums des Äußeren in der Deputiertenkammer gehalten wurden, auf die Reden von Denys Cochin und Jaurès hinzuweisen. Die erstere ging unmittelbar derjenigen des H. Pichon voraus, während die letztere, sehr ausführliche, fast die ganze folgende Sitzung in Anspruch nahm.

H. Denys Cochin hob mit besonderem Nachdruck die finanzielle Macht Frankreichs hervor und forderte die Regierung der Republik auf, diese Macht im Interesse der französischen Politik ausgiebig zu gebrauchen. Der Führer der Rechten erörterte von diesem Gesichtspunkt aus auch das russisch-deutsche Übereinkommen betreffs der türkischen und persischen Eisenbahnen. Er hielt ein so großes Unternehmen wie den Bau von Eisenbahnen in Zentralasien ohne Beteiligung französischer Kapitalien für unausführbar und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung diesen Umstand zu benutzen verstehe, um den Einfluß Frankreichs in dieser Angelegenheit sicherzustellen. H. Denys Cochin schloß seine Rede, indem er der Überzeugung Ausdruck verlieh, daß die ganze Kammer das Bündnis mit Rußland als das beste Mittel zur Verteidigung der französischen Interessen ansehe. Diese Worte wurden von der Kammer sehr zustimmend aufgenommen.

Die Rede des Führers der vereinigten Sozialisten hatte in bezug auf das Verhältnis zu Rußland einen weniger freundschaftlichen Charakter. Ohne den Nutzen des französisch-russischen Bündnisses als Friedensgarantie zu leugnen, und ohne in den russisch-deutschen Verhandlungen eine Gefahr für Frankreich zu erblicken, machte er der französischen Diplomatie den Vorwurf allzu großer Unterwürfigkeit Rußland gegenüber. Während nach Jaurès' Meinung Frankreich in Rußlands Interesse sich der Realisierung des Projektes der

Bagdadbahn widersetzt hat, habe Rußland bereits mit Deutschland in dieser Angelegenheit ein Übereinkommen getroffen und sich in Berlin eine weit vorteilhaftere Stellung geschaffen als Frankreich, das seine Beziehungen zu Deutschland kompromittiert habe, indem es eifrig den russischen Interessen diene. Diese Ausführungen wurden im allgemeinen sehr kühl aufgenommen. Die Klagen des H. Jaurès über die Unpersönlichkeit der französischen Politik hatten beim Parlament mehr Erfolg und fanden sogar in der gemäßigten Presse ein gewisses Echo. Jedoch wurde der Eindruck, den diese Kritik hervorrief, zum großen Teil durch die gewohnten Ergüsse des H. Jaurès über das Thema der Völkerverbrüderung und die Gefahr des bewaffneten Friedens abgeschwächt.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Geheimtelegramm Nr. 3

Paris, den 5./18. Januar 1911

In Anbetracht des Vorwurfes, daß die russische Regierung Frankreich nicht im voraus von den Besprechungen in Potsdam unterrichtet habe, und um derartige Vorwürfe in Zukunft zu verhindern, sprach Pichon in einer Unterredung mit mir den Wunsch aus, von etwaigen wesentlichen Änderungen des Projektes unserer Vereinbarung mit Deutschland oder von neuen Fragen, die unsere Besprechungen mit Berlin berühren sollten, unterrichtet zu werden. Die Einzelheiten folgen morgen brieflich durch den Kurier.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 5./18. Januar 1911

Ich hoffe, daß ich Ihre Aufmerksamkeit nicht allzusehr mißbrauche, wenn ich Ihnen in den Auszügen der Zeitungen nicht nur die Rede des H. Pichon, sondern auch die der Herren Denys Cochin und Jaurès unterbreite, die, zusammen betrachtet, ein sehr getreues Bild der hier vorherrschenden Meinungen geben.

Wie Sie bereits wissen, unterrichtete mich H. Pichon einige Tage vor der Kammersitzung in allgemeinen Umrissen von dem Plan seiner

Erklärungen. Die wohlwollende und geistreiche Kritik des H. Denys Cochin, eines persönlichen Freundes von H. Pichon, diente dem Minister gewissermaßen als Unterlage für seine eigene Rede; ihr Zweck war, die öffentliche Meinung, die durch Kommentare der Presse über die Bedeutung und die Folgen der Potsdamer Zusammenkunft ernstlich beunruhigt war, zu beschwichtigen. Wie ich Ihnen bereits schrieb, teilte H. Pichon selbst diese Beunruhigung durchaus nicht. In einer Unterhaltung mit mir über die erwähnte Zusammenkunft brachte er nur in einer sehr vorsichtigen und milden Form sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß Sie H. Georges Louis vor Ihrer Abreise nach Berlin nicht genauer von dem Programm der bevorstehenden Besprechung über die persischen Angelegenheiten und vor allem auch darüber nicht unterrichtet hätten, daß im Laufe dieser Besprechungen die Frage der Bagdadbahn berührt werden würde. H. Pichon sah voraus, daß gerade dieser Punkt der Opposition als Vorwand für Vorwürfe dienen würde. Genau so kam es: H. Jaurès stellte dem Minister des Äußeren wiederholt und mit großer Hartnäckigkeit die Frage, ob er im voraus davon unterrichtet gewesen sei, daß Rußland auf seinen Einspruch gegen die Bagdadbahn verzichten werde. Ein Teil der Presse stellte fest, daß Pichons Antwort keine vollständige Sicherheit zeigte und nicht ganz den Eindruck beseitigte, die russische Regierung habe sich in der Bagdadfrage von Frankreich und England getrennt, um in Persien und an der türkisch-persischen Grenze ihre eigenen Interessen zu wahren. Die anderen Einwände von Jaurès, dem berühmten doktrinären Sozialisten und leidenschaftlichen Gegner des Bündnisses mit Rußland, verdienen keine ernstliche Beachtung und wurden auch von der Kammer sehr kühl aufgenommen.

Im allgemeinen rief die Rede Pichons, die sehr glücklich aufgemacht war und mit großer Überzeugungskraft vorgetragen wurde, zweifellos den beabsichtigten Eindruck hervor und erweckte die lebhaftesten Sympathien nicht nur im Parlament, sondern auch in den weitesten Kreisen der französischen Gesellschaft. Die Stellen, an denen von König Eduard, von der Unantastbarkeit des Bündnisses mit Rußland und der entente cordiale mit England sowie von der Notwendigkeit für Frankreich, unermüdlich über seine Streitkräfte zu Lande und zu Wasser zu wachen, die Rede war, wurden mit besonders lautem Beifall aufgenommen.

Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen außer dem Text der oben erwähnten Reden den Artikel des „Temps“ vorzulegen, in dem der bekannte Publizist Tardieu die Reden der Herren Pichon und Jaurès kommentiert. Dieser Artikel ist insofern interessant, als er zweifellos die in den hiesigen Finanzkreisen herrschenden Ansichten einmal über die Frage der Bagdadbahn und dann im allgemeinen über die Wirtschaftspolitik Frankreichs im nahen Orient wiedergibt. H. Tar-

dieu weist den französischen Minister des Äußeren auf das Beispiel Rußlands hin, das den Weg der Verständigung mit Deutschland beschritten hat. Sie wissen sicher, daß H. Tardieu einerseits in ständiger naher Fühlung mit dem hiesigen Ministerium des Äußeren steht, sich aber andererseits nicht scheut, manchmal die Tätigkeit dieses Ministeriums einer sehr strengen Kritik zu unterziehen. In dem vorliegenden Falle kann man vermuten, daß die Ansicht des H. Tardieu sich sehr stark der persönlichen Überzeugung H. Pichons nähert, und daß unser Übereinkommen mit Deutschland in den persischen Angelegenheiten tatsächlich als Anreiz zu einer neuen und entschlossenen Haltung der französischen Politik in der Frage der Bagdadbahn dienen wird.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

P. S. Wie ich Ihnen soeben telegraphierte, spielte H. Pichon auf die oben erwähnten Vorwürfe des H. Jaurès an, die besagten, daß die russische Regierung Frankreich nicht im voraus davon unterrichtet habe, daß in Potsdam Besprechungen über die Bagdadbahn stattfinden sollten. Um in Zukunft die Wiederholung derartiger Vorwürfe zu vermeiden, sprach er mir gegenüber den Wunsch aus, ihn zu benachrichtigen, falls das Projekt unseres Abkommens mit Deutschland, von dem er bereits Kenntnis hat, irgendwelche wesentlichen Änderungen erleiden sollte, oder, falls unsere Besprechungen mit Berlin diese oder jene neue Frage berühren sollten. Ich habe H. Pichon versprochen, Ihnen sofort seinen Wunsch zu übermitteln.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 2./15. Februar 1911

Sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch!

Ich glaube, in meinen einander folgenden Briefen das Bild von der Aufregung, die hier um sich gegriffen hat, nicht übertrieben zu haben. Seit meiner Ankunft bin ich mit einer großen Zahl von Personen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammengekommen, da ich mir vorgenommen habe, nicht nur Beziehungen zur ersten Gesellschaft zu unterhalten, sondern ich bin mit möglichst breiten politischen, literarischen, wissenschaftlichen usw. Kreisen in Verbindung getreten. Dies ist gleichzeitig interessant und nützlich,

denn Sie können gar nicht glauben, bis zu welchem Grad selbst die ernsthaft zu nehmenden Leute hier über Rußland und die russischen Angelegenheiten schlecht unterrichtet sind.

Alle diese Unterredungen haben mir bewiesen, daß der von Kiderlen-Wächter so geschickt organisierte Pressefeldzug Frankreich stark beeindruckt hat. Dieser Eindruck macht sich hauptsächlich in den Parlamentarischen Kreisen bemerkbar. Ich meinerseits habe mein möglichstes getan und tue es noch, um dem entgegenzuwirken; aber es ist sehr schwierig, da ich sehr beschränkte Mittel zur Beeinflussung der Presse habe. Als Beispiel für die Geschicklichkeit, mit der sich die Deutschen der Presse bedienen, kann der Zwischenfall bezüglich des angeblichen „Interviews“ des Generals Brun dienen. Sie haben hoffentlich die „Nowoje Wremja“ dahingehend verwarnet, daß es nicht anständig ist, sich einer als jüdisch-deutsch bekannten Agentur wie „Hirsch“ zu bedienen und daß das Rußland schaden kann. Meiner Meinung nach ist es unabweisbar nötig, der Art, wie unsere Zeitungen über die politischen Angelegenheiten Europas informiert werden, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Auf Grund meiner Überlegungen, mit welchen Mitteln man die Franzosen und die anscheinend noch mehr aufgeregten Engländer beruhigen könnte, bin ich zu folgenden Schlüssen gekommen: Zuerst wäre es, wie mir scheint, sehr dienlich, wenn nach den Reden von Pichon, Grey und Aehrenthal auch Sie in der Duma oder im Reichsrat das Wort ergreifen würden. Ich bin mir der Schwierigkeiten, die das bei uns macht, bewußt, erlaube mir aber trotzdem Ihnen zu sagen, daß die Art, wie die Potsdamer Zusammenkunft kommentiert wurde, sich zum großen Teil daraus erklärt, daß Sie nicht rechtzeitig mit einer autoritativen Erklärung an die Öffentlichkeit getreten sind. Ich denke, es ist noch Zeit, es zu tun. Ferner wäre es gut, wenn Sie Ihre Ankunft hier beschleunigen und, falls es Ihnen möglich, noch vor den Osterferien (neuen Stils) nach Paris und London kommen könnten . . . Nach unserem Ostern würde ich gerne für einige Tage nach London fahren, um der Hochzeit der jungen Komtesse Benckendorff beizuwohnen. Wenn ich mich in London vor Ihrem Londoner Besuch sehen ließe, so befürchte ich, daß ein unerwünschtes Gerede in der Presse entstehen könnte. Zuletzt nenne ich Ihnen noch ein Mittel, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die russisch-französische Militärkonvention unerschütterlich ist, ohne mich jedoch für eine Empfehlung entschließen zu können. Im geheimen sind mehrere Personen zu mir geschickt worden, um mich daran zu erinnern, daß vor einigen Jahren davon die Rede war, besondere militärische französische und russische Bevollmächtigte nach Petersburg und Paris zu senden, wie es zwischen Petersburg und Berlin der Fall ist. Ich habe mich natürlich taub gestellt, halte es aber für meine Pflicht, Sie über diese Dinge auf dem laufenden zu halten. Sawinski wird die

Umstände auseinandersetzen, unter denen diese Frage berührt worden ist.

Zum Schluß nehme ich mir die Freiheit, Ihnen zu sagen, daß es während dieser ganzen Zeit sehr schwierig für mich war, in den laufenden Angelegenheiten mangels ausreichender Informationen klar zu sehen. Wäre es Ihnen nicht möglich, mich öfter über den Inhalt der Telegramme, die Sie über die persischen Angelegenheiten nach London schicken, zu informieren? Dies ist für mich unentbehrlich und würde mich instand setzen, das, was Pichon mir über unsere Beziehungen zu England in dieser Sache sagt, zu kontrollieren.

Ich bitte um Entschuldigung wegen dieses zu ausführlichen und vielleicht auch zu offenherzigen Briefes und bitte Sie, sehr geehrter Sergei Dmitriewitsch, usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 31. März/13. April 1911

Im Laufe der Debatten im Senat über die äußere Politik Frankreichs, die zwei Tage dauerten, und über die ich unter dem heutigen Datum einen eingehenden Bericht Nr. 28 erstatten werde, traten die verschiedenen Gesichtspunkte, die hier hinsichtlich der gegenwärtigen internationalen Lage Frankreichs herrschen, klar hervor. Die Redner der Opposition verfehlten nicht, die Kritiken und Unterstellungen zu wiederholen, die Sie aus meinen früheren Briefen bereits kennen. Diese Redner bemühten sich nicht nur, in dem Bestreben bei ihren Hörern mit allen Kräften ein Gefühl der Unruhe und des Mißtrauens gegen die Regierung hervorzurufen, zu übertreiben, sondern sie schreckten nicht einmal vor Sinnlosigkeiten und offenkundig falschen Behauptungen zurück. Ihr Thema ist, Rußland habe sich in Potsdam endgültig von Frankreich und England getrennt und sei ins Lager des Dreibundes übergegangen. Infolge dieser Tatsache, wie auch infolge der Unbeständigkeit der englischen Freundschaft, befinde Frankreich sich in einer gefährlichen und äußerst hilflosen Lage. Gleichzeitig erwähnte man wiederum die neue Verlegung der russischen Truppen, die angeblich unsere militärische Stellung an der deutschen Grenze geschwächt habe; einer der Redner, H. de Lamarzelle, erklärte, Rußland habe in Potsdam ein Bündnis mit Deutschland gegen England geschlossen, um sich eines Ausgangs nach dem Persischen Golf zu versichern.

Die Antwortrede des H. Cruppi war nicht besonders eindrucksvoll. Wenig bewandert in den Fragen der äußeren Politik und in

der Geschichte der diplomatischen Beziehungen, verstand er es nicht, mit genügender Kraft und Entschiedenheit die absurden Argumente der Gegner der Regierung zunichte zu machen. Zu seinem Glück kam ihm der ehrwürdige H. Ribot zu Hilfe, der Begründer des französisch-russischen Bündnisses und ein Redner erster Ordnung, der sich eines enormen Einflusses, nicht nur in den beiden Kammern, sondern auch in weiten Kreisen der französischen Gesellschaft erfreut. Ich erlaube mir Sie zu bitten, die beiden Reden des H. Ribot in den Sitzungen vom 6. und 7. April, die meinem heutigen Bericht beigelegt sind, mit der größten Aufmerksamkeit zu lesen. Sie sind gewissermaßen die Synthese der ganzen französischen Politik im Laufe der letzten zwanzig Jahre. Mit einer außerordentlichen Überzeugungskraft vorgetragen, erweckten sie einen ermutigenden Eindruck und trugen unstreitig zu einem der Regierung günstigen Ausgang der Debatten bei. Nicht nur die optimistische Note, die in ihnen durchklang, sondern auch die milde wohlwollende Kritik, der H. Ribot die Politik der Vorgänger H. Cruppis unterwarf, gefiel der Öffentlichkeit. Der Sinn seiner Reden ist folgender: Ja, das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland ist fest und unerschütterlich, die entente cordiale mit England ist zuverlässig, aber die französische Diplomatie hat es im Laufe der letzten Jahre nicht verstanden, hieraus sowohl für seine eigenen Interessen als auch für die Interessen der ganzen Mächtegruppe, die dieser Verbindung angehört, genügend Gewinn zu ziehen; ein engerer Kontakt zwischen den verschiedenen Mitgliedern der Triple-Entente ist unentbehrlich, und vor allem ist die vorbereitende, sozusagen tägliche Prüfung der verschiedenen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, und der möglichen Eventualitäten unter ihnen nötig.

Wie ich mich überzeugen konnte, werden die Gedanken des H. Ribot von den ernsthaftesten und einflußreichsten Persönlichkeiten Frankreichs geteilt, und ich wage anzunehmen, daß sie auch von unserer Seite eine aufrichtige Sympathie und Förderung verdienen. In dem Augenblick, wo Fragen von so erstklassiger Wichtigkeit für uns auftauchen, wie die Bewilligung bedeutender finanzieller Hilfsmittel an die Türkei und die Entwicklung ihres strategischen Eisenbahnnetzes, ist es für uns im höchsten Grade wichtig, daß Frankreich nichts unternimmt, ohne sich mit uns vorher genau ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Ich werde nicht verfehlen, die hier vorherrschende Stimmung dahin auszunutzen, um der französischen Regierung die Notwendigkeit der engsten Solidarität mit uns in allen diesen und anderen uns interessierenden Angelegenheiten zu suggerieren.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Bericht Nr. 28

Paris, den 31. März/13. April 1911

Die Außenpolitik Frankreichs und insbesondere seine Haltung Rußland gegenüber waren das Thema lebhafter und interessanter Debatten in den Sitzungen des Senats am 6. und 7. April.

Die Diskussionen hierüber wurden durch die Interpellation des H. Gaudin de Villaine, eines konservativen Senators, hervorgerufen. Der Einbringer der Interpellation sowie sein Parteikollege H. de Lamarzelle, der nach ihm die Tribüne bestieg, hielten so lange Reden, daß der Minister des Äußeren seine Erklärungen auf den folgenden Tag verschieben mußte. Die unvorsichtigen und der Wirklichkeit widersprechenden Erklärungen der Redner der Rechten blieben jedoch nicht ohne sofortige Erwiderung. In einer glänzenden und außerordentlich ideenreichen Rede, die im Ausschnitt beigefügt ist, gab H. Ribot mit dem ihm eigenen gesunden Verständnis für die internationalen Beziehungen der Versammlung das richtige Bild der internationalen Beziehungen Frankreichs.

Die Herren Gaudin de Villaine und de Lamarzelle brachten in starker Übertreibung die Befürchtungen zum Ausdruck, die die augenblicklichen internationalen Begebenheiten ihrem patriotischen Gefühl einflößten, und übten eine stark parteiische Kritik an der auswärtigen Politik der Regierung der Republik. Da sie beweisen wollten, daß eine vernünftige Außenpolitik unvereinbar mit der republikanischen Regierungsform sei, schilderten sie die internationalen Begebenheiten in einem sehr tendenziösen Lichte. H. Gaudin de Villaine versuchte darzutun, daß die deutsche Politik der Isolierung Frankreichs alle Mächte des Kontinents sich von Frankreich habe abwenden lassen, und daß die Regierung der Republik es nicht verstanden habe, dem irgendwie entgegenzuwirken. Die Beweisführung des H. de Lamarzelle litt an einem noch größeren Mangel an Mäßigung. Er scheute sich nicht, zu behaupten, das französisch-russische Bündnis sei durch die Potsdamer Zusammenkunft aufgelöst worden, und Rußland habe sich, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich, auf die Seite Deutschlands gestellt. Seiner Ansicht nach trachtet Rußland augenblicklich nach dem Persischen Golf, und hat, unterstützt von Deutschland, England eine fürchterliche Niederlage in der Bagdadangelegenheit beigebracht. Nach H. de Lamarzelle ist die Lage der englisch-französischen Beziehungen nicht viel tröstlicher¹⁾.

H. Ribot wandte sich energisch gegen einen solchen Pessimismus in der Bewertung der internationalen Lage Frankreichs. Als Teilnehmer an der Errichtung des Zweibundes sprach er mit Nachdruck sein

¹⁾ Im Original irrtümlich: „nicht weniger tröstlich“.

Vertrauen zu dessen Unerschütterlichkeit aus. Nachdem er im einzelnen auf die Vorgeschichte seiner Gründung eingegangen war, bezeichnete er das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich als ein auf politischer Notwendigkeit begründetes. H. Ribot hält die Freundschaft mit England für nicht weniger fest und schreibt ihr eine große diplomatische Stärke zu.

Wenn man manchmal den Eindruck haben könnte, daß sich die Bande zwischen Frankreich, Rußland und England gelockert hätten, so sei der Grund hierfür nicht in einer Abkühlung der Beziehungen zwischen diesen Mächten, sondern nur in einer nicht genügend aktiven Zusammenarbeit zwischen ihnen zu suchen. H. Ribot würde gern einen häufigeren und vollständigeren Meinungs-austausch zwischen den verbündeten Kabinetten, sowohl in den laufenden Angelegenheiten als auch bezüglich der etwa eintretenden Eventualitäten, sehen. In diesem Falle würden die Mächte der Triple-Entente ihre Kräfte besser ausnützen und unerwünschte Kommentare vermeiden können.

Die Zusammenkunft von Potsdam sowie die Verlegung des VI. Korps der russischen Armee brauchten in Frankreich nicht den mindesten Argwohn zu erregen. Als Rußland gesehen habe, daß die Bagdadbahn ohne seine Zustimmung gebaut werden würde, sei es gezwungen gewesen, seine Oppositionspolitik gegen das deutsche Projekt aufzugeben und mit Deutschland in Besprechungen zur Wahrung seiner wichtigen Interessen in Persien einzutreten. In dieser Hinsicht habe Rußland genau wie Frankreich gehandelt, als das letztere sich mit Deutschland über die Marokkofrage verständigte.

Gleichzeitig warnte H. Ribot seine Zuhörer vor den Versuchen, die wahre Bedeutung der Begebenheiten zu verschleiern. Dieselbe „Kunst der Inszenierung“ wie gelegentlich der Frage von Bosnien und der Herzegowina sei von Deutschland auch während der kürzlich abgehaltenen russisch-deutschen Besprechungen angewandt worden.

H. Ribot beendete seine Rede mit der Warnung, sich vom „Pazifismus“ hinreißen zu lassen, wie er in dem kürzlich von der Kammer angenommenen Wunsch einer Beschränkung der maritimen Rüstungen zum Ausdruck kam. „Werfen wir alles dieses beiseite und haben wir Vertrauen zu unserer Armee, unserer Kraft und unseren Allianzen!“ schloß der Redner.

H. Ribot vervollständigte am folgenden Tage seine Rede durch einige Worte, die sich hauptsächlich auf die Marokkofrage bezogen. Er erklärte sich völlig mit den Ausführungen H. Cruppis über die Notwendigkeit einer Zusammenkunft mit dem Sultan einverstanden. Frankreich dürfe in Marokko nicht versuchen, die Herrschaft des Sultans zu ersetzen, es solle ihm im Gegenteil helfen, in Marokko jenes Mindestmaß von Autorität und Ordnung zu befestigen, ohne das die Zivilisationsarbeit im Lande unmöglich sei. Zu diesem Zwecke sei es notwendig, dem Maghzen pekuniäre Hilfsquellen und Instruktoren

zur Bildung einer Eingeborenenarmee zur Verfügung zu stellen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, sympathisiert H. Ribot nicht mit dem Projekt der Regierung, eine militärische Expedition zum Schutze der Europäer nach Fez zu entsenden. Nach dem Sinne der Algecirasakte sei Frankreich zur Aufrechterhaltung der Ordnung allein im Küstengebiet verpflichtet, und es würde eine sehr schwere Verantwortung auf sich laden, wenn es seine polizeiliche Tätigkeit auf das ganze Land ausdehnen würde. H. Ribot ist der Ansicht, daß dies einer Eroberung Marokkos gleichkäme.

H. Ribot streifte auch flüchtig die französische Politik im Orient. Er vermißte hier die nötige Klarheit und sprach sein Bedauern darüber aus, daß Frankreich seine Interessen im Orient seinen Aspirationen im westlichen Mittelmeer opfere.

Die von H. Cruppi in der Sitzung am 7. April gehaltene Rede, die ebenfalls im Ausschnitt beigelegt ist, war viel weniger ausdrucksvoll. Da er die Außenpolitik erst seit kurzem kennt, mußte er sich auf kurze und vorsichtige Erklärungen beschränken.

Vor allem gab er der Versammlung die Versicherung, daß die Außenpolitik Frankreichs trotz des Wechsels des Ministers des Äußeren die bisherige Richtung unveränderlich weiter verfolgen werde, und daß er die Absicht habe, eine Politik der „Voraussicht und Entschlossenheit“ zu verwirklichen. Wenn auch die derzeitige internationale Politik keinen Anlaß zur Beunruhigung gibt, so verhehlte der Minister doch nicht, daß sie trotzdem einige Schwierigkeiten bietet, und daß infolgedessen eine Politik der Wachsamkeit für Frankreich notwendig ist. Diese Erklärung machte einen ausgezeichneten Eindruck, da sie bewies, daß H. Cruppi nicht an dem übertriebenen Optimismus leidet, dessen man hier seinen Vorgänger immer zu beschuldigen geneigt war.

Die Erklärung des Ministers, „daß das französisch-russische Bündnis unerschütterlich sei und die Basis für die französische Politik bleibe, ebenso wie auch für die russische“, rief gleichfalls eine lebhaftere Befriedigung hervor. Er sprach hierbei die Überzeugung aus, daß sich das Bündnis in Form einer aufrichtigen und täglichen Zusammenarbeit verwirklichen müsse, und versprach, sich mit allen seinen Kräften dafür einzusetzen, daß das Bündnis täglich seine Lebensfähigkeit offenbart.

H. Cruppi ging dann zu den Beziehungen Frankreichs zu England über und erklärte, daß die entente cordiale nicht zu erschüttern sei.

Indem er von den herzlichen Beziehungen zu Spanien und von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit ihm sprach, machte der Minister auf die guten Beziehungen Frankreichs zu den übrigen Staaten aufmerksam. Die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland, erklärte der Minister, müßten auf einer guten Nachbar-

schaft begründet sein. Falls sich in einzelnen Fällen die französischen und deutschen Interessen als einander entgegengesetzt erweisen sollten, so sei die feste und gerechte Verteidigung der legitimen Interessen das beste Mittel zur Vermeidung gefährlicher Mißverständnisse. Dann sprach der Minister der wiedererstehenden Türkei seine Sympathien aus und fügte, nachdem er den Nutzen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit für beide Länder betont hatte, hinzu, daß Frankreich die Veranlagung seiner Ersparnisse im nahen Orient ohne die geringste Unzufriedenheit betrachte, unter der Bedingung, daß diese Veranlagung den französischen Interessen und der Stellung Frankreichs in Europa entspreche.

Der Minister ging im einzelnen nur noch auf die Marokkofrage ein, in der er schon Entscheidungen hatte treffen müssen. Er erklärte, es seien bereits Maßnahmen ergriffen worden, um dem Maghzen die Möglichkeit zu garantieren, Eingeborenentruppen zur Bekämpfung der Aufständischen zu unterhalten, und die französischen Instrukteure seien ermächtigt, den Befehl über diese Truppen zu übernehmen. Falls die Umstände es erfordern sollten, werde die Regierung Maßnahmen zur Verteidigung der Europäerkolonie in Fez ergreifen. Frankreich würde sich zu diesem Schritt nur aus philanthropischen Erwägungen entschließen sowie infolge des besonderen Interesses, das es daran hat, in einem an Algerien grenzenden Lande die Anarchie zu verhindern.

Die Debatten endeten mit der Billigung der Außenpolitik der Regierung durch eine Mehrheit von 250 gegen 26 Stimmen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski